



## *SffO-Position*

# Schulfrieden – eine Freiheitsfrage

Wer sich für einen stabilen Schulfrieden einsetzen möchte, sollte folgende **Tendenzen in unserer Gesellschaft** beachten:

- In unserer Gesellschaft nehmen die **Meinungsverschiedenheiten über viele pädagogische Fragen** deutlich zu – in der Bevölkerung sowie in der Wissenschaft und nicht nur zwischen den politischen Parteien, sondern auch innerhalb jeder Partei.
- **Schulfrieden** kann daher **in Zukunft nicht mehr auf** einen – gesellschaftlichen oder politischen – **pädagogischen Konsens gegründet** werden. Einen solchen Konsens wird es nicht mehr geben. Selbst **Allparteienkompromisse** zu den wesentlichen pädagogischen Fragen sind bei realistischer Einschätzung nicht mehr zu erwarten. Wir erleben nur noch mühsam zusammengezwimmerte **Mehrheitsentscheidungen**, denen ausreichende Überzeugungskraft abgeht – mit der Konsequenz, dass fast jede zentralistisch verfügte Reform eine Wähler-Mehrheit gegen sich aufbringt, die dann ihrem Unmut in Volksabstimmungen oder in Proteststimmen bei Landtagswahlen Luft verschafft.
- Trotz ihrer demokratischen Legitimation werden solche Mehrheitsentscheidungen von den unterlegenen Parteien im nächsten Landtagswahlkampf oft in großen Teilen wieder in Frage gestellt. Zugleich leiden Schulen und Lehrer, Eltern und Schüler unter den ständig wechselnden Reformen von oben. Der **Ruf nach Ruhe für die Schulen** wird immer lauter.
- **Schulfrieden, verstanden als** politisch versprochener **Reformstillstand** über künftige Wahlen und Legislaturperioden hinweg, kann demokratiepolitisch **keine vertretbare Lösung des Problems** sein.
- Reformen erscheinen vielen Beteiligten dringend notwendig, sie wollen keine pädagogische Grabesruhe, aber **jeder möchte mit anderen Reformen anfangen**.

Als Konsequenz aus dieser Analyse tritt das Seminar für freiheitliche Ordnung nicht nur dafür ein, dass jeder eine **eigene pädagogische Meinung haben**, diese **äußern** und **dafür werben** darf, sondern ebenso dafür, dass jeder **auch danach leben** kann, ohne in ein anderes Bundesland oder in eine Privatschule „auswandern“ zu müssen. Deshalb streben wir eine **andere Bildungspolitik** an, in der Schulfriede durch substanzielle pädagogische Freiheit eigenverantwortlicher Schulen erreicht wird, deren Vielfalt den Lehrern und Eltern sowie mit zunehmendem Alter auch den Schülern Wahl- und Mitwirkungsmöglichkeiten bietet.

Der Grundsatz, dass die jeweilige Landesregierung mit ihrer Mehrheit im Parlament die **Pädagogik in allen staatlichen Schulen einheitlich** bestimmen soll, ist genauso **überholt, wie die Bestimmung der Religion durch den Landesherrn**. Wir setzen auf eigenständige pädagogische Entwicklung **jeder einzelnen Schule**, die allen Beteiligten zu vereinbarende **Mitwirkungsmöglichkeiten** eröffnet. Wir setzen auch auf die **aus der Autonomie sich ergebende Vielfalt des Schulangebots** mit **Wahlfreiheit** für Lehrer, Eltern und Schüler. Wahlfreiheit und Mitwirkungsmöglichkeiten werden sich sinnvoll ergänzen. Für diesen Weg brauchen die staatlichen Schulen nur dieselben pädagogischen Freiheiten, wie sie den Schulen in freier Trägerschaft gemäß Art. 7 Absatz 4 des Grundgesetzes als Grundrecht gewährleistet sind.

Es wird die **pädagogische Kreativität** entfesseln und unser **Bildungswesen kontinuierlich von unten verbessern**, wenn wir dem Aufruf folgen „**Entlassen wir unser Bildungssystem in die Freiheit**“ (Bundespräsident Roman Herzog, Berliner Rede vom 05. Nov. 1997). Wir können darauf vertrauen, dass sich jede einzelne Schule im Wettbewerb um Schüler und um gute Lehrer um **das rechte Verhältnis zwischen Kontinuität** und Verlässlichkeit auf der einen Seite **und Mut zu pädagogischen Reformen** auf der anderen Seite bemühen wird. Es wird sich dann zeigen, dass viele unterschiedliche Wege zu pädagogischen Erfolgen führen können, wenn sie mit Engagement und unter Nutzung der gegebenen personellen und finanziellen Ressourcen eingeschlagen werden.

**Erst wenn jede Schule sich in selbstbestimmter Weise in Ruhe entwickeln kann und Lehrer und Eltern ihre eigenen pädagogischen Wege suchen und beschreiten können, wird Schulfrieden einkehren.**

**Pädagogische Enthaltbarkeit der Politik** wird ebenso wenig das Ende jeder Bildungspolitik sein, wie wirtschaftslenkende Enthaltbarkeit des Staates das Ende jeder Wirtschaftspolitik ist. Vielmehr ist sie **Ausdruck des Respekts vor der pädagogischen Meinung anderer** und der **Anfang einer neuen Art von Bildungspolitik**, die von den Erfolgen der Hochschulpolitik lernt. Diese hat in den letzten Jahrzehnten zunehmend auf Autonomie und Wettbewerb der Hochschulen gesetzt und dafür viele konkrete Maßnahmen ergriffen.

Die **Schulpolitik** wird sich **auf die Entwicklung eines rechtlichen und finanziellen Rahmens beschränken** müssen, der den staatlichen Schulen schrittweise Entscheidungsmöglichkeiten eröffnet, wie sie für Schulen in freier Trägerschaft selbstverständlich sind. **Dann darf jede Schule zwar bleiben, wie sie ist, kann sich aber auch so ändern**, wie sie das für richtig und bei ihren Gegebenheiten für machbar hält. Die sich entwickelnde pädagogische Vielfalt wird den unterschiedlichen pädagogischen Bedürfnissen besser Rechnung tragen und die Wahlfreiheit der Lehrer und Eltern immer wertvoller machen. Die Erreichbarkeit eines vielfältigen Schulangebots ist ein **wichtiger Standortvorteil**, wie man an Orten mit vielen Schulen in freier Trägerschaft heute schon sehen kann.

**Bessere Bildungsqualität kann sich nicht ohne oder gar gegen den Willen der vor Ort Beteiligten entwickeln. Daher sollten wir ihnen ihren pädagogischen Willen lassen** und auf ihr pädagogisches Engagement vertrauen, das sich in Vielfalt, Wahlfreiheit und vereinbartem Zusammenwirken aller Beteiligten entfaltet. **Schulfrieden wird erst einkehren, wenn jeder „nach seiner Fassung (pädagogisch) selig“ werden kann.**